

Bundeshaushalt 2021

Krichbaum Gunther [[gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)]

Mi 09.12.2020 13:43

[k.vetter@sunday4peace.de](mailto:k.vetter@sunday4peace.de)

Sehr geehrte Frau Vetter,

vielen Dank für Ihr Schreiben zum Bundeshaushalt 2021, zu dem ich gerne Stellung nehme. Bei den Haushaltsberatungen bestehen stets Konkurrenzlagen zwischen den verschiedenen Etatpositionen. Aufgabe des Parlaments ist es, hier einen Ausgleich zu schaffen und nichts gegeneinander auszuspielen. Das ist kein leichtes Unterfangen. Hinzu kommt, dass insbesondere bei den Mitteln für Verteidigung, aber auch für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder bei den Beiträgen für internationale Organisationen oft nach dem konkreten Mehrwert für die Bevölkerung in Deutschland gefragt wird. So sehen auch Sie keinen Sinn in Verteidigungsausgaben und wollen die Mittel lieber für andere, Ihnen wichtigere Themen ausgeben.

Die Geschichte der Menschheit zeigt, dass eine Welt ohne Konflikte und Kriege wohl leider eine Illusion bleiben wird. Immerhin konnten wir nach der Katastrophe des 2. Weltkrieges in Westeuropa mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft die Spirale aus Gewalt und Gegengewalt beenden. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Befreiung Osteuropas von der kommunistischen Diktatur ist die Gefahr eines Krieges zwischen den EU-Staaten endgültig gebannt. Aber vor noch nicht allzu langer Zeit tobte beispielsweise auf dem Balkan eine blutige Auseinandersetzung zwischen Nationen, die wenige Jahre zuvor in einem Staat zusammenlebten. Es bedurfte NATO-Truppen, die unter Waffeneinsatz die massiven Menschenrechtsverletzungen im Kosovo beendeten und anschließend durch ihre bis heute andauernde Präsenz für Frieden und Stabilität sorgten. Hierfür benötigt auch die Bundeswehr die notwendige Ausstattung.

Dabei können wir nicht erwarten, dass unsere Verbündeten die Kohlen für uns aus dem Feuer holen. Auch Deutschland muss als eine der global wichtigsten Wirtschaftsnationen Verantwortung für Frieden und Freiheit übernehmen, nicht erst seit dem schrittweisen Rückzug der USA aus Europa und anderen Regionen der Welt. Hierfür sind auch für die Bundeswehr hinreichende militärische Fähigkeiten notwendig, bei denen wir vor allem den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten im Auge behalten müssen. Deshalb sind für mich die weitere Modernisierung der technischen Ausstattung der Bundeswehr und auch ihre Ausrüstung mit bewaffneten Drohnen dringend erforderlich. Dies bedarf auch im kommenden Jahr einer Steigerung der Rüstungsinvestitionen.

Dabei möchte ich Ihren Vorwurf, dass „wichtige Investitionen in zivilen Bereichen gar nicht bzw. nicht ausreichend getätigt“ werden, deutlich zurückweisen. So beklagen Sie den Abbau sozialer Leistungen, ohne dabei konkret zu werden. Mir ist in den letzten Jahren keinerlei Abbau, sondern vielmehr allein der weitere Ausbau sozialer Leistungen bekannt. Zu nennen sind beispielsweise – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die zweimalige Anhebung des Kindergeldes in dieser Wahlperiode, die Einführung und der Ausbau der Mütterrente, die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung des Zusatzbeitrages in der Gesetzlichen Krankenversicherung, die Einführung der Grundrente, die weitgehende Entlastung bei den Unterhaltszahlungen für pflegebedürftige Eltern, die jüngst beschlossene Verdoppelung der Behinderten-Pauschbeträge und des steuerlichen Entlastungsbetrages für Alleinerziehende. Nicht vergessen werden darf auch die steuerfinanzierte Deckelung der Gesamtbelastung aus den Sozialversicherungen bei 40% und der weitgehende Abbau des Solidaritätszuschlages zum 1. Januar 2021. Zudem haben wir zur

Bewältigung der Pandemie-Folgen eine Fülle von Maßnahmen beschlossen, die Arbeitnehmer und Eltern entlastet. So wurde der Zugang zur Kurzarbeit vereinfacht und das Kurzarbeitergeld ab dem vierten Bezugsmonat deutlich erhöht. Eltern haben einen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind erhalten. Sozialabbau kann ich hier nicht erkennen.

Ebenfalls sind entgegen Ihrer Behauptungen auch im Bildungsbereich seitens des Bundes keine Mittel gestrichen worden – ganz im Gegenteil. Der Haushalt für Bildung und Forschung soll 2021 20,8 Mrd. Euro betragen. Das ist ein Allzeithoch und eine Verdoppelung seit 2010. Ein großer Teil der Bildungsausgaben obliegt aufgrund der grundgesetzlichen Kompetenzzuweisung den Ländern. Trotzdem hat sich der Bund in den letzten Jahren in vielfältiger Weise auch bei der schulischen Bildung beteiligt. So beispielsweise durch den „Digitalpakt Schule“, für den eigens das Grundgesetz geändert wurde und mit dem bis 2024 5 Mrd. Euro an die Schulen gehen werden.

Leider findet es bei Ihnen auch keine Anerkennung, dass derzeit durch Bundesgesundheitsminister Spahn große Anstrengungen unternommen werden, Bezahlung und Arbeitsbedingungen für das Gesundheits- und Pflegepersonal zu verbessern. So gelten seit dem 1. Juli 2020 neue, einheitliche Mindestpflegelöhne für Hilfs- und Fachkräfte in der Pflege und zum Jahresbeginn ist eine neue Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung in Kraft getreten, die in besonders pflegeintensiven Krankenhausbereichen für mehr Personal sorgt. Bereits seit 2019 gilt das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, mit dem 13.000 Pflegestellen in der Altenpflege und jede zusätzliche Pflegestelle im Krankenhaus finanziert wurde. Es tut sich also einiges.

Abschließend finde ich es sehr bedauerlich, dass kirchliche Kreise anscheinend die Unart übernehmen, fernab der Fakten mit pauschalen Schlagworten zu arbeiten. Damit tun Sie ihrem Anliegen keinen Gefallen. Selbstverständlich sind im Rahmen der Haushaltsberatungen Diskussionen über die Prioritätensetzung der Bundesregierung und die Verteilung der Haushaltsmittel notwendig. Dabei konkurrieren verschiedene politische Konzepte. Wir sollten uns dabei jedoch bemühen, faktenbasiert zu argumentieren.

Mit freundlichen Grüßen

Gunther Krichbaum